

Stadt erhöht Bäderpreise!

KPÖ: Badefreuden für alle ermöglichen!



Nach dem „Hoppala“ der bei der heurigen Bade-Saisonkarte (Familien hätten 510 statt 220 Euro gezahlt), welche nach berechtigten Protesten aus der Bevölkerung schnell wieder repariert wurde, erlaubt sich die Holding Graz den nächsten Bauchfleck: Die Preise für Tageskarten wurden im Vergleich zu 2019 erhöht. Gestrichen

wurde im Gegenzug Abend-, Nachmittags- und vor allem die beliebte Tages-Familienkarte. „Gerade in der jetzigen Zeit, wo viele Familien mit finanziellen Einbußen aufgrund der Corona-Pandemie zu kämpfen haben, ist eine solche unsoziale Preisgestaltung nicht angebracht. Es wäre wünschenswert, wenn die Holding einen Schritt auf

die Grazerinnen und Grazer zugeht und ihre soziale Seite zeigen würde“, so Gemeinderat **Christian Sikora**. Aufgrund des Wegfalls der Familienkarte muss eine vierköpfige Familie diesen Sommer um 26% - also fast 5 Euro - mehr für einen Tageseintritt berappen. Auch die Preise für Kinder und Jugendliche wurde um 14,3% erhöht.

Arbeitslosengeld erhöhen!

Grazer Gemeinderat fordert nach KPÖ-Antrag Bundesregierung auf, das Arbeitslosengeld zu erhöhen!

Seite 3

Elternbeiträge rückerstatten!

Eltern tragen während der Corona-Krise nachweislich die größte Belastung – sei es psychisch, wie auch finanziell. Monatelang wurden Kinder und Jugendliche in den Schulen nur tageweise betreut. Obwohl Eltern nach eindringlicher Bitten von Direktor:innen oder aus Unwissen, ihre Kinder nicht zur Gänze in **Nachmittagsbetreuung** geschickt haben, sind die Beiträge (auch Essensbeiträge) in voller Höhe fällig. „Dass die Eltern trotz ihrer Betreuungsarbeit den Großteil der Kosten bezahlen, ist nicht zumutbar“, bringt es Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** auf den Punkt.



Laut dem aktuellen Jahresbericht des städtischen Betriebs „Schulische Tagesbetreuung Graz GmbH“ wurden im Jahr 2020 satte 853.000 Euro aufgrund von Kurzarbeit und nicht benötigten Mahlzeiten eingespart! Braunersreuther fordert aufgrund dieser vorliegenden Zahlen nun eine Zurrückzahlung der bereits geleisteten Elternbeiträge für den gesamten Zeitraum des eingeschränkten Präsenzunterrichts.

Laut dem aktuellen Jahresbericht des städtischen Betriebs „Schulische Tagesbetreuung Graz GmbH“ wurden im Jahr 2020 satte 853.000 Euro aufgrund von Kurzarbeit und nicht benötigten Mahlzeiten eingespart! Braunersreuther fordert aufgrund dieser vorliegenden Zahlen nun eine Zurrückzahlung der bereits geleisteten Elternbeiträge für den gesamten Zeitraum des eingeschränkten Präsenzunterrichts.

Frauen stärker schützen

Die hohe Anzahl von Frauenmorden in Österreich bestürzt. Im April wurde auch in Graz eine Frau von ihrem Ehemann erstochen. Gewalt an Frauen hat sich durch Corona verstärkt, ist jedoch nicht neu. Deswegen wird es höchste Zeit,

Jede fünfte Frau ist ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Jede dritte Frau musste seit ihrem 15. Lebensjahr eine Form von sexueller Belästigung erfahren. Alleine heuer sind bereits 14 Frauen mutmaßlich durch (Ex-)Partner, Bekannte oder Familienmitglieder ermordet worden.

Dies ist den politisch Verantwortlichen nicht unbekannt: „Bereits letzten Sommer wurde ein Grazer Gewaltschutzgipfel, um die Zusammenarbeit zwischen Frauenhäusern, Polizei und Opferschutzeinrichtungen zu verbessern, in Aussicht gestellt. Bis heute hat man aller-

dings nichts mehr gehört“, so Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada**, die in der Gemeinderatsitzung bei der verantwortlichen Stadträtin **Schwentner** (Grüne) nachfragte. Die Frauenstadträtin behauptete, dass ein solcher Gipfel bereits im Jänner stattgefunden habe, sie jedoch bisher noch nicht die „richtige Gelegenheit fand“, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Schwentner versprach, dies nachzuholen.

Auch KPÖ-Frauensprecherin **Christine Braunersreuther** ortet in Sachen Frauenschutz noch viele Möglichkeiten, die der Stadt zur Verfügung stehen: „Viele von Gewalt betroffene Frauen geben an, dass sie sich

schon zu einem früheren Zeitpunkt an Schutzeinrichtungen gewandt hätten, wenn sie von dem Angebot gewusst hätten.“ Die Stadt soll Grazer Opferschutzeinrichtungen und Frauenhäuser mit ihren Ressourcen unterstützen und zusammen eine Medienkampagne zur Steigerung des Bekanntheitsgrades erarbeiten.

Zudem setzt sich Braunersreuther für verpflichtende Projekttag in Schulen ein, in welchen die Schüler:innen mithilfe von ausgebildeten Expert:innen an das Thema Geschlechtersensibilität herangeführt werden.

Frauenhelpline gegen Gewalt

Notrufnummer:

0800 222 555

Rund um die Uhr.
Anonym.
Kostenlos.

www.frauenhelpline.at

Frauenhäuser Steiermark

Schutz und Sicherheit für Frauen und deren Kinder.

0316 42 99 00
frauenhaeuser.at

Frauenwohnheim der Stadt Graz

Wohnversorgung und Unterstützung in Notsituationen.

0316 872 6491
frauenwohnheim@stadt.graz.at

Gewaltschutz-zentrum

Professionelle Hilfe für Opfer von Gewalt.

0316 77 41 99
gewaltschutzzentrum.at

Entlastung für Pflege-Beschäftigte nötig!

Nach einem Jahr Pandemie zeigt sich, wie dringend es ist, im Pflegewesen grundsätzlich und umfassend für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Dem Pflegepersonal bleibt immer weniger Zeit, sich um die zu pflegenden Menschen zu kümmern oder einfach einmal durchzuschlafen. Immer mehr Beschäftigte schleppen sich auch krank in die Arbeit,



Ihr Stadtrat
Robert Krotzer
Rathaus, 2. St, Tür 231
0316 / 872 20 70
robert.krotzer@stadt.graz.at

um Kolleg:innen nicht im Stich zu lassen.

Viele Menschen in Pflegeberufen denken ans Hinschmeißen. Die Arbeitsbelastung ist physisch und psychisch einfach zu hoch. Das als „Pflexit“ bezeichnete Phänomen wird immer bedrohlicher.

Die Forderungen der Kollektivvertragsverhandlungen im Jahr 2019 sind jetzt aktueller denn je: Faire Gehälter,

Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich und eine sechste Urlaubswoche.

Viele Beschäftigte leisten Großartiges – aber sie arbeiten am Limit. Sie brauchen dringend eine Entlastung. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken außerdem besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne.

Arbeitslosengeld erhöhen!

ÖVP-Minister Kocher und die Wirtschaftskammer spielen derzeit öffentlich mit dem Gedanken, Rechte für arbeitssuchende Menschen zu beschneiden. Der Grazer Gemeinderat spricht sich dagegen aus.

Ein wichtiges und soziales Ausrufezeichen für arbeitssuchende Leute hat KPÖ-Gemeinderat Kurt Luttenberger erreicht. Sein eingebrachter Dringlicher Antrag, dass das Arbeitslosengeld von 55% auf 70% erhöht werden soll, wurde - trotz Gegenstimmen der Bürgermeister-Partei ÖVP - mehrheitlich angenommen. Ebenfalls fordert der Gemeinderat ÖVP-Minister Kocher auf, von den Plänen, die Rechte von arbeitssuchenden Menschen zu beschneiden, Abstand zu nehmen. „Gerade in der jetzigen Zeit widersprechen angestrebte Kürzungen von Sozialleistungen jeglicher Logik und jeglichem Sozialverständnis. Fakt ist, dass mit 55 Prozent nicht 100 Prozent



Ein Zeichen der Solidarität: Nach KPÖ-Antrag fordert Grazer Gemeinderat die Bundesregierung auf, dass Arbeitslosengeld zu erhöhen.

„
Mit 55% kann man nicht 100% der Lebenskosten bestreiten.

Kurt Luttenberger
KPÖ-Gemeinderat



der laufenden Lebenshaltungskosten bestritten werden können. Miete, Strom, Essen, Kleidung müssen auch arbeitslose Menschen bezahlen“, so Luttenberger, der, wie zahlreiche Ökonomen vor einer drohenden Teuerungswelle wegen der Coronakrise warnt.

Badefreude für alle!



Nach dem tristen Winter und Frühling wünschen sich viele Grazerinnen und Grazer erst recht einen unbeschwerten Sommer. Viele Familien werden ihren Sommer in Graz verbringen und Arbeitsplatzverluste oder andauernder Kurzarbeit bringen viele in finanzielle Bedrängnisse.

Gerade deswegen ist es wichtig, dass die Stadt ihre Bäder und Freizeitmöglichkeiten zu Preisen anbietet, die sich die Leute auch leisten können. Ein Streichen der Familienkarte und ein gleichzeitiges Erhöhen der Badeeintrittskarten, führt aber nicht dazu, dass unbeschwerte Sommergefühle aufkommen.

Auch etliche Nachrichten von Vielschwimmern haben mich erreicht, dass diese kaum mehr Möglichkeiten vorfinden, in Hallenbädern schwimmen zu gehen. Im Bad zur Sonne sind lediglich von 7 bis 8 Uhr und in der Auster von 10 bis 16 Uhr Bahnen für Besuchende reserviert. Zusätzlich gibt es heuer keine Saisonkarte für den Innenbereich, was das Schwimmen um ein vielfaches verteuert.

Die öffentlichen Schwimmbäder gehören allen Grazerinnen und Grazern und müssen auch für alle leistbar bleiben. Dafür setzen wir uns ein.

Ihre Stadträtin
Elke Kahr

Rathaus, 2. Stk, Tür 236
Tel.: 0316 / 872 20 60
Handy: 0664 / 120 9 700

AUS DEM GEMEINDERAT

Luftreiniger an Grazer Schulen

Für diejenigen, die sich noch nicht gegen Corona impfen lassen können, macht sich Gemeinderat **Hans Peter Meister** stark. Er versucht es nach einer Absage von Schulstadtrat **Hohensinner** nun bei Bürgermeister **Nagl** und fragt an, ob er sich dafür einsetzen wird,



dass in Kinderbetreuungs- und Kinderbildungseinrichtungen jeweilig angepasste Konzepte zur Luftreinigung (Optimierung der Lüftungsintervalle, Lüftungsanlagen, Luftreiniger) entwickelt und umgesetzt werden. Damit könnte ein wichtiger Beitrag für die Eindämmung der Pandemie geleistet werden, indem man die Altersgruppe der bis-12-Jährigen schützt.

Schutzpaket für unsere Bäume

Jeder dritte Baum in Graz sei belastet, heißt es aus der Abteilung Grünraum. Ursachen hierfür sind Wassermangel, Belastungsdruck auf die Wurzeln und Schäden durch Salzstreuung. Um den Baumbestand in Graz zu erhalten, fordert **Christine Brauersreuther** nun



dazu auf, ein Schutzpaket für die Bäume zu schnüren. Dieses soll beinhalten, dass die Bäume künftig – wo notwendig – mit Murwasser gegossen werden, statt Salz andere ökologisch verträgliche Streumittel verwendet und die Baumscheiben vergrößert werden, was einerseits die Wasseraufnahme verbessert, wie auch den Belastungsdruck auf die Wurzeln vermindert.

Einsatz für saubere Marktplätze

Um die hygienischen Zustände rund um Grazer Marktplätze sorgt sich Gemeinderätin **Elke Heinrichs**. Einige Marktbesucher:innen sprachen sie darauf an, dass wenn sie früh morgens ankommen, um die Ware zum Verkauf herzurichten, die Plätze stark verschmutzt seien. Zudem sind die WC-Anlagen, die den Marktstandler:innen zur Verfügung stehen verunreinigt und nicht ausreichend mit Hygieneprodukten ausgestattet. „Ein Zustand, der so nicht bleiben darf, schließlich werden hier Lebensmittel verkauft“, so Heinrichs. Sie setzt sich für eine regelmäßige Reinigung wie auch das zur Verfügung stellen von Seife und Desinfektionsmittel ein.



*Baden für alle?
Zumindest die Bäderpreise
gehen heuer baden...*

KURZ NOTIERT

**Altstadtschutz ausweiten
und verbessern**

Das Girardihaus konnte unter anderem durch den Einsatz der KPÖ gerettet werden. Ein positives Einzelschicksal. Denn unlängst sind wieder zwei erhaltenswürdige historische Gebäude in der Schörgelgasse und am Lendkai abgerissen worden, um Neubauten Platz zu machen. Deswegen setzt sich Klubobmann **Manfred Eber** dafür ein, dass **Bürgermeister Nagl** den Altstadtschutz erweitert.

**Bürger- statt
Bürgermeisterbeteiligung**

Eine neue Geschäftsordnung des Beirates für Bürger:innenbeteiligung der Stadt Graz wurde beschlossen. Geändert hat sich u.a., dass **Bürgermeister Nagl** nicht mehr Vorsitzender, sondern lediglich Adressat des Beirats ist. In vielen Punkten hat der Bürgermeister jedoch weiterhin Mitsprache, wie etwa bei der Auswahl der Beiratsmitglieder. „Im neuen Statut scheint leider auch nicht ein einziges Mal das Wort ‚Direkte Demokratie‘ auf“, gibt Gemeinderätin **Elke Heinrichs** zu bedenken.



**Kein zusätzlicher Verkehr
zum Griesplatz**

Stadträtin **Elke Kahr** setzt sich dafür ein, dass der Verkehr, der durch die geplante Unterführung von den Reininghausgründen kommen soll, nicht in die Josef-Huber-Gasse und auf den Griesplatz geleitet werden soll. Im Gemeinderat hat sich die KPÖ gegen eine neuerliche Prüfung ausgesprochen



Wohnungsnot für ÖVP und FPÖ nicht dringlich!

Am 27. April veranstaltete die Theater- und Kulturinitiative InterACT die Veranstaltung „WARE WOHNEN MENSCHENRECHT“, welche die Zuschauer:innen online mitverfolgen konnten. Neben Theaterstücken, welche aktuelle Probleme rund um das Thema Wohnen hervorragend aufzeigten, waren Expert:innen aus dem Wohnbereich sowie Politiker:innen aller im Grazer Gemeinderat vertretenen Fraktionen Teil der interaktiven Veranstaltung.

Das Team von InterACT hat dabei 16 verschiedene Forderungen - von einem städtischen Mieternotruf über die Begrenzung von Miet- und Betriebskosten bis hin zu einem stärkeren Ausbau von

Gemeindewohnungen - den politischen Vertreter:innen präsentiert und sie darüber abstimmen lassen. Weitestgehend stimmten die Politiker:innen den aufgezeigten Problemen und Lösungen zu.

Grund genug für KPÖ-Klubobmann **Manfred Eber** einen Dringlichen Antrag einzubringen, damit diese in der Veranstaltung gezeigte Zustimmung auch eine Umsetzung im Rathaus erfährt. Eber forderte, dass sich alle Parteien dafür einsetzen sollen, dass das Menschenrecht auf Wohnen verwirklicht wird und die Nöte mit dem Wohnen ein Ende finden müssen. Unter Federführung von Wohnungstadtrat **Eustachio** (FPÖ) und Sozialstadtrat **Hohensinner** (ÖVP) sollte ein Gremium stattfinden,



dass die Lösungsvorschläge der Dialogveranstaltung bespricht. Doch als es im Gemeinderat zur Abstimmung kam, sahen die ÖVP und die FPÖ als nicht mehr dringlich an. Dabei hat sich an der Wohnnot in Graz in den letzten Jahren nichts geändert. „Unter Schwarz-Blau wurde der Zugang zu Gemeindewohnungen stark beschränkt. Ganze Gruppen von Menschen haben keinen Zugang mehr. Und die Gemeindewohnungen die gerade gebaut werden, sind in der vergangenen Periode beschlossen worden“, so Eber.

Die Veranstaltung sowie die Abstimmungsergebnisse von dieser Veranstaltung können Sie unter www.interact-online.org/aktuell/wohnen-fuer-alle nachschauen.

Veranstaltungen



Multi-Millionäre zur Kasse!

Barbara Blaha (Momentum-Insitut) im Gespräch mit Stadtrat Robert Krotzer über Kosten der Corona-Krise und deren mögliche Umverteilung.
Donnerstag, 10. Juni 2021 um 18 Uhr, Volkshaus Graz
Voranmeldung: bildungsverein@kpoe-steiermark.at



(E)-Bike-Training für Senior:innen

Fit im Alltag und sicher am (E)-Bike: Das sind die Ziele des kostenlosen Mobilitätstraining der Abt. für Verkehrsplanung.
Kurs 1: 23. & 25. Juni (jeweils von 13 bis 17 Uhr - ÖAMTC, Alte-Post-Straße)
Kurs 2: 19. & 22. Juli (jeweils von 13 bis 17 Uhr - ÖAMTC, Alte-Post-Straße)
Anmeldung: 0316 872 2060 oder office@familienmanagement.at